

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links



EOSS:

Start ins Ungewisse

Seite 6

DV Gesundheit abgeschlossen!

EOSS – Eine Reise ins Ungewisse



GPR bleibt

Der Berliner Senat hat am 23. Oktober 2007 eine Änderung des Personalvertretungsgesetzes beschlossen.

Damit wird u. a. der Tatsache Rechnung getragen, dass die Oberfinanzdirektion Berlin aufgelöst wurde.

Deshalb heißt es künftig in § 50 (1) PersVG: „Ein Gesamtpersonalrat ist zu bilden für die Finanzämter“.

Die Existenz des Gesamtpersonalrats war nach Auffassung des Finanzsenators und des Innensenators zu keiner Zeit in Frage gestellt.

Es bedurfte deshalb auch keines Kampfes, um den GPR zu erhalten.

Die Beschäftigten in den Berliner Finanzämtern stehen unmittelbar vor der grundlegenden Änderung der IT-Landschaft. EOSS heißt das Zauberwort, dessen Bekanntheitsgrad inzwischen wohl bei fast 100 Prozent liegen dürfte. Weniger bekannt als der Begriff ist jedoch, was sich im einzelnen hinter EOSS verbirgt. Daran konnten auch die mit Recht

von den Kolleginnen und Kollegen anerkannten Bemühungen der Stammmultiplikatorinnen und Stammmultiplikatoren in den eintägigen Basisschulungen wenig ändern. Viel zu oft mussten sie die künftigen Anwenderinnen und Anwender auf die später geplanten Workshops vertrösten, weil vieles noch unklar sei oder überhaupt noch nicht feststehe. Damit können sich die Betroffenen natürlich nicht zufrieden geben. ver.di meint, sie haben einen Anspruch darauf, ihre vielfältigen Fragen beantwortet zu bekommen, und zwar von SenFin direkt. Schließlich müssen sie die tägliche Arbeit in den Finanzämtern leisten, gegenüber Steuerpflichtigen die Verzögerungen vertreten und schließlich die erheblichen Arbeitsrückstände aufarbeiten. Aber statt Antworten von SenFin zu erhalten, wie sie ihre Arbeit jetzt und später bewältigen sollen, wird der Statistikdruck durch Sachgebietsleiterinnen und Sachgebietsleiter oder die Amtsleitungen in den Finanzämtern häufig in vorauseilendem Gehorsam noch verstärkt. ver.di sagt: Schluss mit diesem Unsinn! Die Führungskräfte müssen sich endlich ihrer Verantwortung auch für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten bewusst werden, anstatt auf unrealistischen Zielvereinbarungen herumzureiten.

ver.di hat immer wieder gefordert, den Termin für die EOSS-Einführung so lange zu verschieben, bis sicher feststeht, dass alles ordentlich laufen wird. Denn selbst wenn zu lesen ist, dass Testläufe erfolgreich waren, heißt das noch nicht, dass die Programme wirklich funktionieren. Die Vertreter der Verwaltung räumen das auf Nachfrage auch ein. Die Verantwortlichen in der Senatsverwaltung haben lange Zeit

so getan, als müssten sie am 1. Januar 2008 um Mitternacht nur den Hebel umlegen und blühende EOSS-Landschaften würden sich auftun. Inzwischen wird deutlich, dass die Warnungen von ver.di erste Auswirkungen zeigen. In den letzten Mitteilungen der Senatsverwaltung ist von einem unbedingten „Umschalten“ aller Anwendungen auf EOSS zu **einem** Zeitpunkt nicht mehr die Rede. Die Senatsverwaltung räumt ein, dass das Risiko wohl zu groß wäre. Die Schwierigkeiten in Hamburg und Bremen selbst bei der teilweisen Umstellung zeigen, dass sich derart einschneidende Veränderungen nicht übers Knie brechen lassen. Baden-Württemberg lässt sich deshalb mit der Umstellung bis 2010 Zeit. Zeit, die auch wir hätten und die genutzt werden könnte, um die Verfahren zu optimieren und anzupassen. Die Endkontrolle der neuen Anwendungen darf nicht auf die Kolleginnen und Kollegen abgeschoben werden.

Den Verantwortlichen nehmen es in Kauf, dass die Kolleginnen und Kollegen des Technischen Finanzamtes (TFA) an ihrer Leistungsgrenze arbeiten. Den Beschäftigten im TFA und den Multis in den Finanzämtern gebühren Anerkennung und Respekt.

Die Senatsverwaltung für Finanzen muss sich schützend vor alle Kolleginnen und Kollegen stellen. So muss sie in wiederholten Presseerklärungen auf die Schwierigkeiten der Umstellung hinweisen. Wir erwarten dabei auch, dass zwischen Weihnachten und Silvester die Finanzämter für den Publikumsverkehr geschlossen bleiben.

ver.di fordert, endlich die vielen offenen Fragen zu klären, und den Startschuss bis dahin zu verschieben. Wir erwarten beispielsweise, dass auf den Steuerbescheiden auch zukünftig der Anschluss der jeweiligen BearbeiterInnen angegeben wird und keine Telefonsammelnummer. Die Möglichkeit der Abfrage der individuellen Tagesleistungen durch die SachgebietsleiterInnen muss technisch ausgeschlossen werden. Der zur Verfügung stehende Speicherplatz muss ausgeweitet und praxisgerecht verteilt werden. Das sind nur einige der Fragen, auf die wir und die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern vor dem Start von EOSS eine Antwort erwarten.

Endlich 100%

Schlaglicht

Am 1. Januar 2008 ist es endlich so weit. Die Besoldung Ost bis einschließlich A 9 wird nun der Besoldung West angeglichen. Mehr als 18 Jahre nach der politischen Wende ist dieser Schritt längst überfällig. Ohne gewerkschaftlichen Druck durch ver.di hätte die Bundesregierung und hätten die Landesregierungen noch nicht einmal das umgesetzt. In der Tarifrunde 2003 hatte ver.di für die Tarifangehörigen des öffentlichen Dienstes die Angleichung der Löhne und Gehälter bis 2008 bzw. 2010 durchgesetzt. Dem war die Bundesregierung für die Beamten durch die

entsprechende Änderung der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung gefolgt. Auf eine nach der Föderalisierung des Beamtenrechts rechtlich mögliche Sonderregelung für Berlin hat der Senat verzichtet. Ein Abweichen von den Regelungen der Zweiten Besoldungs-Übergangsverordnung wäre ein Ding aus dem Tollhaus gewesen.

ver.di wird sich vehement dafür einsetzen, dass die geplante 100-%-Angleichung ab A 10 zum 1. Januar 2010 durch den Berliner Senat nicht in Frage gestellt wird.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel

ver.di-Vorsitzender

Steuerverwaltung

Berliner Tarifrunde

Gemeinsam für mehr Kohle

Die Steuereinnahmen in Deutschland sprudeln ohne Ende. In allen Bundesländern erhalten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – egal ob Tarifbeschäftigte oder Beamte – endlich Einkommensverbesserungen, außer in Berlin! Hier zimmern Wowereit, Körting und Sarrazin weiterhin kräftig an der Tarifmauer rund um die Bundeshauptstadt und koppeln so die Berliner Beschäftigten immer weiter von der Lohnentwicklung ab.

Als es Berlin wirtschaftlich besonders dreckig ging, weil vor allem die Politiker selbst mit Landesbürgschaften und Bankenkrise die Karre so richtig in den Dreck gefahren hatten, waren es ganz besonders die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die die Zeche dafür zahlen mussten. Den Beamtinnen und Beamten wurde die Arbeitszeit kräftig erhöht und das Weihnachts- und Urlaubsgeld zusammengestrichen, die Tarifbeschäftigten mussten sich mit dem Anwendungstarifvertrag den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen teuer erkaufen. Gleichzeitig wurden so viele Stellen gestrichen, dass ein ordnungsgemäßer Vollzug der Gesetze nicht mehr möglich ist und die Beschäftigten oft am Rande ihrer Leistungsgrenze arbeiten oder vom Stress sogar krank werden.

Aber der Berliner Senat bewegt sich in den Tarifverhandlungen nicht und scheint auf diese Strategie auch noch

stolz zu sein. Dieses arrogante und zynische Verhalten dürfen wir uns nicht länger gefallen lassen. Wir haben mehr verdient als die Häme von Wowereit, Körting und Sarrazin. Wir wollen endlich unseren Teil von der Kohle, die wir täglich reinholen. Wir wollen 3x300,-€ und eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 2,9% ab 2008. Und wir wollen das für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst erreichen.

ver.di ist die einzige Gewerkschaft, die im öffentlichen Dienst überhaupt etwas erreichen kann. Keine andere Organisation verfügt über die notwendigen Mittel für die Durchsetzung von Tarifforderungen und die Übertragung der Ergebnisse auf den Beamtenbereich. Die Unzufriedenheit und die Unruhe wachsen im Berliner Landesdienst. An unseren Demonstrationen und Warnstreiks beteiligen sich mehr und mehr Beschäftigte.



ver.di wird zu weiteren

Aktionen und

Warnstreiks wie hier

vor dem Sitz des

Innensenators

in der Klosterstraße

aufrufen.



-Jugendseite

In 2007 hat sich die Senatsverwaltung für Finanzen entgegen vorheriger Planungen geweigert, AnwärterInnen einzustellen.

Nach dieser Pleite in Sachen Einstellungen von AnwärterInnen wurde – auch auf Druck von ver.di – von der Senatsverwaltung für Finanzen für 2008 wieder Positives verkündet:

Es werden erfreulicherweise ca. 100 FinanzanwärterInnen und 15 Steuer-

anwärterInnen ihre Ausbildung bei uns beginnen.

Auch wenn wir als ver.di-Jugend vor allem die geringe Anzahl der Ausbildungsplätze für den mittleren Dienst kritisieren, freuen wir uns sehr

auf die insgesamt ca. 115 neuen KollegInnen.

Durch unseren Einsatz in der GJAV und im Gesamtpersonalrat konnten wir im letzten Jahr erreichen, dass an der bewährten Praxis des Einstellungsverfahrens festgehalten wird. Daher haben wir auch im nächsten Jahr die Möglichkeit, uns aktiv in die Auswahl der BewerberInnen einzubringen und so geeignete KollegInnen für unsere Verwaltung mit auszuwählen.

Für die Zukunft nehmen wir mit, dass die Einstellung von Nachwuchskräften leider auch bei uns keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Deshalb werden wir als ver.di-Jugend diese Forderung nicht aus den Augen verlieren und uns immer wieder für Perspektiven der Jugend einsetzen.

Wir suchen Dich!

Wir, aktive Jugendgruppe, suchen „Dich“, AnwärterIn in einem Berliner Finanzamt, nicht älter als 26 Jahre, mit ausgeprägtem Gerechtigkeitssinn und dem Wunsch, für Dich selbst und Andere etwas verändern zu wollen!

Kontaktdaten:

Francisca Bier ☎ 0179-7873008



André Knoblauch, Nadine Lichhorn, Francisca Bier

Gleich nachdem bekannt geworden war, dass die Senatsverwaltung für Finanzen den Einstellungskorridor für die Jahre 2007 und folgende herabsetzen und von Anwärtereinstellungen absehen wollte, gab der GPR eine Presseerklärung heraus, in der er diese Vorgehensweise anprangerte. Klaus Wilzer, der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, forderte vom Berliner Senat die Beibehaltung des Einstellungskorridors und die Einstellung von Anwärtern und Anwärterinnen. Diese Erklärung fand in der Berliner Presse ein zustimmendes Echo. Es ist nicht einzusehen, dass der Personalbedarf der Einnahmeverwaltung künstlich heruntergerechnet wird und die Verwaltung keine Ausbildungsplätze anbietet, während sie von der Privatwirtschaft Ausbildungsplätze fordert.

Jetzt werden in 2008 Anwärter und Anwärterinnen eingestellt. ver.di wird sich weiterhin für eine Erhöhung des Einstellungskorridors und für mehr Einstellungen von Anwärterinnen und Anwärtern einsetzen.

Bsirske: Mehr Personal für die Finanzämter

Frank Bsirske, der ver.di-Bundesvorsitzende, und die Bundesfachkommission Steuerverwaltung mit deren stellvertretendem Vorsitzenden Klaus-Dieter Gössel haben öffentlich den mangelnden Gesetzesvollzug in der Steuerverwaltung kritisiert. Anlässlich einer eigens dazu einberufenen Bundespressekonferenz beklagte Bsirske den nicht mehr hinzunehmenden Personalfehlbestand in der Steuerverwaltung.

Gegenüber den Ergebnissen der Personalbedarfsberechnung (PersBB) fehlen bundesweit allein in den Veranlagungsstellen ca. 2.700 Beschäftigte, in der Betriebsprüfung mehr als 3.000 und in der Steuerfahndung mehr als 330. Dieser Personalunterbestand, den die Bundesländer gegenseitig noch zu unterbieten versuchen, führt zu massiven Steuerausfällen. Das und die damit einhergehende Preisgabe des Prinzips der Gleichmäßigkeit der Besteuerung sind ein Skandal, so Klaus-Dieter Gössel gegenüber der vau.

Allein durch den Einsatz von Personal laut den PersBB-Ergebnissen könnten Steuermehreinnahmen von mindestens 6 Milliarden Euro jährlich erzielt werden. Die föderale Struktur der Steuerverwaltung führt darüber hinaus zu weiteren hohen Einnahmeausfällen, die sich laut einem für das Bundesfinanzministerium durch die Kienbaum Management Consultants GmbH erstellten Gutachten auf weitere 6 Mrd. Euro summieren. Durch eine bessere strategische Ausrichtung der Steuerverwaltungen der Länder, durch bessere Informa-

tionsverarbeitung und eine effizientere Betrugsbekämpfung wären Mehreinnahmen zu erzielen, die allein im Bereich der Betriebsprüfung mit 2,7 Mrd. Euro und bei der Umsatzsteuersonderprüfung mit 700 Mio. Euro im Jahr zu beziffern sind.

Insgesamt schätzt ver.di die Mehreinnahmen, die durch einen besseren Steuervollzug erzielt werden könnten, auf ein Volumen von mindestens 12 Mrd. Euro im Jahr. ver.di fordert deshalb:

- Anwendung des § 21a Finanzverwaltungsgesetz durch den Bund und die Länder. Damit können einheitliche Verwaltungsgrundsätze und gemeinsame Vollzugsziele festgelegt werden. Um einen bundesweit einheitlichen Steuervollzug zu sichern, muss der Mindestpersonalbestand in den Bundesländern den PersBB-Ergebnissen entsprechen.
- Als Anreiz für die Bundesländer für einen effizienteren Steuervollzug müssen die Kosten für den ländereigenen Steuervollzug vor Anwendung des Länderfinanzausgleichs abgezogen werden.

Die Gewerkschaft ver.di ist nicht länger bereit, die künstlich erzeugte Armut der öffentlichen Haushalte als Argument gegen die berechtigten Interessen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an Gehaltserhöhungen gelten zu lassen. Der Staat ist in der Pflicht, dem Verfassungsgebot der Gleichmäßigkeit der Besteuerung wieder Geltung zu verschaffen.

Weitere Einzelheiten: www.vau-online.de



ver.di-Chef
Frank Bsirske
und
Klaus-Dieter Gössel,
Bundesfachkommission
Steuerverwaltung



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab _____ Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____
Vorname _____ Titel _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ _____ Wohnort _____
Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____
Telefon (privat/dienstlich) _____
E-Mail _____
Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____
Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten:

Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstnd.
 Arbeitslos
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi – Volontär/in – Referendar/in bis _____
 Schüler/in – Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____
PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____
Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

Ich bin Meister/in – Techniker/in – Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft _____
von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Werber/in:

Name _____
Vorname _____
Mitgliedsnummer _____

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug
 monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich einzuziehen.
Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____
Name des Kontoinhabers _____

Datum / Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tarifliche Lohn- bzw. Gehaltsgruppe lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjaar _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 Prozent des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 Prozent des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt 2,50 Euro monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag 2,50 Euro monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

„Statistikdruck macht krank“

Klaus Wilzer im Interview



Deutschlands kundenfreundlichste Krankenkasse*
*In Sachen Kundenzufriedenheit bei der Wahl zweier Kundenklassen laut Kundenerwartung, Deutschland 2005

GEK
 Gmünder ErsatzKasse

Jetzt wechseln
 zu Deutschlands kundenfreund-
 lichster Krankenkasse*:
 0800/43 54 636 - www.gek.de
 GEK Berlin-Spandau,
 Nennendammallee 42/3,
 Tel: 030/3549280,
 Berlin-Spandau@gek.de

www.gek.de

GEK extra

„Bei meiner Gmünder gibt's
 unglaublich viele Extras.
 Die nicht mal extra kosten.“

Über das Maximum der gesetzlichen Leistungen hinaus gibt es bei der Gmünder eine ganze Reihe von Extra-Leistungen, die uns zur kundenfreundlichsten Krankenkasse* in Deutschland gemacht haben. Und alles zu einem äußerst attraktiven Beitragssatz.

Mit uns geht's Ihnen gut.

vau: Am 12. November 2007 haben der Hauptpersonalrat und der Innen-senator die Dienstvereinbarung über das „Betriebliche Gesundheitsmanagement“ in der Berliner Verwaltung unterzeichnet. Welche Bedeutung hat das aus deiner Sicht?

Klaus Wilzer: Die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten haben für mich eine ganz herausragende Bedeutung. In vielen Finanzämtern gibt es Kolleginnen und Kollegen, die sich um das Gesundheitsmanagement aktiv kümmern. Seit Ende 2004 die „Beschäftigungssicherungsvereinbarung“ vom Senat nicht verlängert wurde, fehlte es an einer rechtlichen Grundlage für ihre Arbeit. Sie waren bisher auf die individuelle Bereitschaft der jeweiligen Amtsleitungen, sie zu unterstützen oder wenigstens gewähren zu lassen, angewiesen. Mit dieser Beliebigkeit ist nun endlich Schluss. Mit der Dienstvereinbarung wurde jetzt den Führungskräften ihre besondere Verantwortung für die Gesundheit der Beschäftigten bescheinigt. Niemand kann sich dieser Verantwortung in Zukunft mehr entziehen.

Wo siehst du erste Ansatzpunkte für das „neue“ Gesundheitsmanagement?

Ziel einer aktiven Gesundheitsförderung muss es sein, in erster Linie vorbeugend zu wirken, d. h. krankmachende Arbeitsbedingungen sind zu vermeiden. Die Beschäftigten in den Finanzämtern stehen unmittelbar vor der EOSS-Einführung. Diese Umstellung bringt große Belastungen mit sich, die durch schlechtes Führungsverhalten noch verstärkt werden können. Personalvertretungen und Amtsleitungen müssen ein wachsames Auge haben, damit wenigstens unnötige Belastungen vermieden werden.

Was heißt das konkret?

In der Umstellungszeit, und das ist keine Frage von wenigen Wochen, dürfen unter anderen Bedingungen abgeschlossene Zielvereinbarungen keine Bedeutung mehr haben. Niemand darf in dieser Zeit die Kolleginnen und Kollegen mit unsinnigen Statistikvorgaben unter Druck setzen. Ich habe das gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen bereits frühzeitig deutlich gemacht. Die Einsicht der Senatsverwaltung ist aber noch nicht bei allen Führungskräften in den Finanzämtern angekommen. Es darf nicht sein, dass Sachgebietsleiter ihre Plätze dazu anhalten, das Pensum eines Jahres jetzt in gut 11 Monaten zu schaffen. Auch das verstehe ich unter Gesundheitsvorsorge.

Damit Stress nicht krank macht

Für ver.di hat der Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Dienststellen eine hohe Bedeutung. Wenn die Belastungen, denen die Beschäftigten täglich ausgesetzt sind, kontinuierlich zunehmen, sind die Leitungen in den Verwaltungen aufgerufen, das Wohlergehen ihrer Beschäftigten verstärkt in den Blick zu nehmen.

Nach wie vor beschränkt sich der Arbeitsschutz jedoch vorwiegend auf den technische Fragen. Lichtverhältnisse, Lärmbelastungen und Zugluft werden ebenso untersucht wie Emissionen aus Kopierern, Druckern, Möbeln und Bodenbelägen, und selbst in diesen Bereichen lassen Maßnahmen gegen solche Belastungen aus Haushaltsgründen oft lange auf sich warten. Doch während derartige – messbare – Belastungen in den Blick der Arbeitsmediziner und Sicherheitsbeauftragten gerückt sind, nehmen die Krankheitstage im öffentlichen Dienst aufgrund psychischer Erkrankungen inzwischen einen Spitzenplatz ein.

Es steht außer Zweifel, dass sich die Arbeits- und Lebenssituationen von Männern und Frauen deutlich unterscheiden. Gleiches gilt auch für die Anforderungen und Erwartungen, die von Vorgesetzten und Kunden an die Beschäftigten gestellt werden. Es macht nachweisbar einen Unterschied, wie sich Vorgesetzte gegenüber Männern und Frauen verhalten und ob Steuerpflichtige beispielsweise am Telefon auf einen Mann oder auf eine Frau treffen. Männern und Frauen werden gesellschaftlich bestimmte Verhaltensweisen und Eigenschaften zugeschrieben, ganz egal, ob der oder die Einzelne tatsächlich in dieses Raster passt. Mit diesen Erwartungen muss jeder und jede dann individuell zurecht kommen. Dabei sind auch die Möglichkeiten und Strategien von Männern und Frauen, mit Belastungen umzugehen, sehr verschieden. Während Männer eher glauben, allein mit allem fertig werden zu müssen, bedienen sich Frauen eher eines sozialen Netzwerkes und besprechen Belastungen häufiger miteinander.

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz ist jedoch in weiten Fällen geschlechtsblind. Er bedient sich scheinbar neutraler Tabellen, Grenzwerte und DIN-Normen. Das Konzept Gender Mainstreaming, dass in allen Politikbereichen umzusetzen ist, findet hier also so gut wie keine Beachtung. Das hat zur Folge, dass Diskriminierungen weiter bestehen bleiben und die Geschlech-

terverhältnisse eher verfestigt als verändert werden.

ver.di hat deshalb ein Projekt gestartet, das den Titel „Gender-Stress“ trägt. Ziel ist es, Nutzen und Bedeutung von Gender Mainstreaming im Arbeits- und Gesundheitsschutz am Beispiel des Zusammenhangs von psychischen Belastungen und Geschlechterrollen deutlich zu machen.

ver.di hat dazu drei Branchen ausgewählt, die sich hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen und Männern deutlich unterscheiden. So werden in ca. 15 vertraulichen Interviews in jedem Betrieb die Zusammenhänge zwischen den männlichen und weiblichen Geschlechterrollen und der Wahrnehmung sowie dem Umgang mit psychischen Belastungen untersucht. Mit dabei ist ein Kaufhaus von Sinn Leffers (vorwiegend Frauen im Verkauf), ein technisches Callcenter der Telekom (vorwiegend Männer in der technischen Beratung) und das Finanzamt Mitte/Tiergarten als klassischer Verwaltungsbetrieb mit Männern und Frauen. Nach der Auswertung der Interviews und Diskussion der Ergebnisse mit den Betroffenen folgt dann bis September 2009 die Entwicklung und Erprobung von Instrumenten des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, die die Bedeutung der Geschlechterrollen für die Belastungen berücksichtigen. Davon können anschließend auch die Kolleginnen und Kollegen anderer Dienststellen und Betriebe profitieren.

Wir freuen uns, dass wir die Senatsverwaltung für Finanzen und den Vorsteher des Finanzamtes Mitte/Tiergarten von diesem Projekt überzeugen konnten. Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung haben sich 18 Frauen und Männer für die Teilnahme an den Interviews gemeldet. ver.di bedankt sich für diesen Vertrauensbeweis. Für uns wird das Projekt vom stellvertretenden Fachkommissionsvorsitzenden Jörg Bewersdorf (App. 19284) begleitet, der für Auskünfte oder Anregungen gerne zur Verfügung steht. Wir werden weiter berichten.



Klaus Wilzer,
GPR-Vorsitzender,
Heide Sabeck,
Gesamtfrauenvertreterin,
Konrad Werpuschinski,
Vorsteher des FA
Mitte/Tiergarten
bei der Projektvorstellung.

nomen est omen

EOSS-Bärchen-Namenssuche



Viele Namensvorschläge für das EOSS-Bärchen haben uns erreicht. Manche gab es doppelt und dreifach, manche waren historisch, andere zukunftsweisend, einige wortspielerisch und wenige musikalisch. Wie versprochen werden wir hier nicht die

Namen der Einreicherinnen und Einreicher veröffentlichen. Aber einige der Vorschläge, wollen wir Ihnen doch nicht vorenthalten.

Nichts geht über BÄRENMAKEL meinte eine Einsendung aus der Werbewelt. Eine andere sah das EOSS-Bärchen eher in einem paradiesischen Zusammenhang: ADAM soll das Bärchen heißen, wo EVA doch bald verschwunden ist. Einem anderen Vorschlag ist sogar Göttliches zu entnehmen: THEOSS lautet hier das Zusammenspiel aus EOSS und theos (griechisch=Gott). Oder hatte der Einreicher eher den Vornamen eines der Verantwortlichen aus der Senatsverwaltung (Theodor

Plock) im Blick? Mit diesem Namen haben so einige gespielt: THEO-BALD, THEODEOSS, PLOCKI, PLOCKBÄR, PLOCKWURST. Und VICKY LEANDREOSS spielt wohl auf Theos Fahrt nach Lodz an. In die Umlaufbahn schickt eine Einsenderin den EOSS-Bären mit dem Hinweis auf das Raumschiff Enterprise: PLOK statt Spok. Und auch bei MAJOR TOM gibt es den Hinweis zu „Völlig losgelöst von der Erde ...“ Aber auch die Politik kam nicht zu kurz. Und weil EOSS aus Bayern kommt, lautet der Vorschlag BRUNO DER PROBLEM-BÄR. Natürlich musste auch KNUT in allen seinen denkbaren Abwandlungen herhalten. Aber ob EOSS wirklich zum KNUTSCHen ist, wird sich erst noch zeigen müssen. Nur zwei Einsendungen haben das EOSS-Bärchen nicht als männlich angesehen. KLEIN-ERNA und besagte VICKY LEANDREOSS lauteten die weiblichen Namensvorschläge.

Wer die Preise für seine Einsendung erhalten wird, hat allein das Los entschieden, ganz unabhängig vom Vorschlag. Die GewinnerInnen werden von uns in Kürze diskret benachrichtigt.

Die vau sowie weitere Informationen und Links können Sie bei www.vau-online.de einsehen.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr 2008!

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin
 Verantwortlich für den Inhalt: Susanne Senica, susanne.senica@verdi.de
 Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortman
 Layout: Manfred Schultz
 Herstellung: tableau GmbH
www.verdi.de
www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06
www.bb-verdi.de
www.seitenweise-verdi.de
www.vau-online.de
 Leserbriefes an: info@vau-online.de

